

Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat**Initiative EnergieWendeBern; Fristverlängerung**

Am 26. November 2008 reichte das Komitee „EnergieWendeBern“ eine Volksinitiative gleichen Namens mit 5061 beglaubigten Unterschriften ein. Der Gemeinderat stellte am 14. Januar 2009 fest, dass die Initiative formell und materiell gültig zustande gekommen ist.

Ziel der Initiative ist es, den Atomausstieg sowie den Zeitpunkt des Ausstiegs verbindlich im Reglement Energie Wasser Bern (ewr) festzuhalten. Der Zeitpunkt wird dabei auf 20 Jahre nach Inkrafttreten des entsprechenden Artikels festgelegt (somit ca. im Jahr 2031/2032). Eine weitere Forderung besteht darin, soweit es das übergeordnete Recht zulässt, eine Abgabe auf der Durchleitung von Elektrizität aus nicht erneuerbaren Energien (Ökoabgabe) einzuführen, welche zur Förderung der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien und zur Förderung der effizienten Stromnutzung vorgesehen werden soll.

In der Regel stellt der Gemeinderat gemäss Artikel 80 Absatz 1 des Reglements über die politischen Rechte (RPR; SSSB 141.1) innerhalb von 12 Monaten seit Einreichung der Initiative Antrag. Bei Vorliegen besonderer Umstände wie die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags kann der Gemeinderat dem Stadtrat gemäss Artikel 80 Absatz 2 RPR eine Fristverlängerung um höchstens 6 Monate beantragen.

Der Gemeinderat wird dem Stadtrat einen Gegenvorschlag zur Initiative unterbreiten. Er wird diesen Gegenvorschlag inhaltlich mit den Zielen der Eignerstrategie ewb abstimmen. Die nationalen und kantonalen Vorgaben für die Erhebung der angesprochenen Ökoabgabe sind jedoch noch nicht definitiv. Entsprechend sensibel muss das Thema abgeklärt werden, damit die Gesetzgebungen eingehalten werden können und Energie Wasser Bern (ewb) im sich öffnenden Strommarkt keine unverhältnismässigen Nachteile entstehen.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats betreffend Initiative EnergieWendeBern; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Antragstellung durch den Gemeinderat bis Ende Mai 2010 zu.

Bern, 28. Oktober 2009

Der Gemeinderat